

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Zustellgebühr monatlich 3.- M., bei Zustellung unter Kreuzband 5.- M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nummern der Postzettelblätter für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die arbeitsfreie Monatszeitschrift über den Raum 120 III., Wochenzeitschriften das festgesetzte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leserkontingentschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Vereinstagungen 1/3 des Festpreises. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Für den Frieden mit Rußland.

## Die baltischen Sozialisten für den Frieden mit Räte-Rußland.

Ritau, 20. September.

Der Sozialistentag in Ritau hat eine Entschließung für den Friedensschluß mit Räte-Rußland angenommen.

## Der oberste Rat und das Baltikum.

Paris, 19. September.

(Gabal.) Diplomatischer Situationsbericht. Der Oberste Rat hörte den Bericht des Generals Hughes über die Lage der baltischen Länder an. General Hughes erklärte, daß die Bevölkerung dieser Länder durch die Gegenwart der deutschen Truppen gedrückt sei, und daß letztere in den baltischen Provinzen die politische Basis für eine deutsche Intervention in Rußland bilden. Die deutschen Truppen unterstützen die baltischen Barone und leiten den Reaktionären, welche die örtlichen Regierungen gebildet hätten, Hilfe gegen die Sozialisten. Die deutschen Soldaten hätten sich in diesen Ländern, welche zur Kommunistierung wie berufen seien, überlassen und seien so eigentlich Eigentümern der deutschen Einflüsse geworden. Die gegenwärtige Lage stelle sowohl eine militärische wie eine politische Gefahr dar. Deutschland könne, wenn es wolle, sich bei seinen Truppen in den baltischen Ländern vollkommen Gehorsam verschaffen und die Route des Generals von der Goltz zurückrufen.

Der Bericht des Generals Hughes bildet eine scharfe Klage gegen die deutsche Regierungspolitik im Baltikum und bestätigt vollkommen die Mitteilungen, die aus zuverlässigen lettischen Quellen in die deutsche Presse gelangt sind. Die Warnungen und Anfragen haben aber nichts gestreift, die Regierung bis zur letzten Stunde die Dinge im Baltikum ihren Lauf nehmen ließ. Jetzt muß sie sich nicht nur die Schritte der Entente diplomatisch gefallen lassen, sondern auch gewärtig sein, daß der Oberste Rat in Erfüllung der Forderung des Generals Hughes mit scharfen Repressivmaßnahmen gegen Deutschland vorzugehen wird.

## Neues vom Werbeschwindel.

Wie die Schiedungen vor sich gehen.

Die Antworten von Freiwilligen nach Kurland wird nicht nur, wie vielfach behauptet worden ist, im Keinen und Geheimen betrieben, sondern es haben dabei auch höhere militärische Dienststellen ihre Hände im Spiele. Die von uns schon mehrfach erwähnte Ersatzabteilung des Detachements von Schauroth befehligt sich z. B. nach wie vor im neuen Lager zu Daberitz und berührt von dort aus fast noch wöchentlich Truppen und Material nach Kurland, ohne daß ihr dabei die geringsten Schwierigkeiten gemacht würden. Die Ersatzabteilung zählt etwa 100 Mann Durchschmittstärke, davon gehören 20 Mann zum Kampfpersonal, das sich in der Hauptache mit den Anmachungen und dem Nachschub befaßt. Bahnhöfe sind die bevorzugten Werbeschule.

Bei größeren Transporten nach Kurland holen die betreffenden Truppenteile ganz offen die Genehmigung der Kommandantur ein, kleinere Transporte reisen auf gefälschten Urlaubsscheinen. Vielfach werden auch in leeren Waggons mit Mannschaften abgehoben. Diese werden auf den Transportzügen in der Regel als "Deutscher" angegeben und bleiben dann in Kurland. Ein weiterer Trick besteht darin, daß die Menschenhändler kleinere Nachschubsendungen mit ganz unbedeutendem Material vornehmen lassen und dabei eine größere Anzahl Begleitpersonal mitführen, welches dann ebenfalls in Kurland verbleibt. Auf diese Weise wird die Arme des Generals v. d. Goltz dauernd vermehrt und ganz Kurland langsam in ein riesiges Heerlager verwandelt.

Nach der Rückkehr an Seeresmaterial hat noch keine Waggons nachgelassen. So wurden am Dienstag allein auf dem Bahnhof in Tempelhof 20 nagelneue Autos nebst 2 Schwärmen, die Schläuche, Kaniel und Ersatzteile anbildeten, nach Kurland verladen. Die Wagen entstammen dem Kraftwagenpark 8 in der General-Pape-Strasse. Der Transport ging von Tempelhof zunächst nach Strauß-Kummelsburg, wo weiteres Material, einschließend Waffen und Munition, an-

langen wurde. Daß es sich hierbei nicht um einen behördlich genehmigten Nachschub handelte, sondern um eine offenkundige Schleichung, geht daraus hervor, daß die Begleitmannschaften nicht im dienstlichen Auftrag reisten, sondern als Urlaubler den Transport bemerkte. Die Soldaten haben dem Bahnpersonal gegenüber auch gar kein Gehl daraus gemacht, daß es sich bei der Kraftwagenüberladung um eine große Schleichung handelte. Sie gaben an, mit dem Transport zunächst nach Orscha zu fahren, von dort aus würde er dann auf Umwegen nach Kurland weitergeführt.

Wie uns mitgeteilt wird, sind derartige Transporte von Tempelhof aus in den letzten zwei Wochen fast täglich vorgenommen worden. Man kann daran erkennen, welche ungeheure Werte dem deutschen Volkvermögen durch diese Schiedungen verloren gehen. Der "Vorwärts" hat am Mittwoch die Behauptung aufgestellt, daß in Kurland befindliche Arme des Grafen v. d. Goltz täglich mindestens 800 000 Mark veräußern. Diese Summe dürfte bei dem großen Umfang, den allein der Nachschub angenommen hat, nicht zu hoch gegriffen sein. Und die Regierung, die über die traurige Finanzlage Deutschlands genau unterrichtet ist und weiß, daß wir immer mehr dem Abgrund zufließen, sieht dem Schwindel, den die militärischen Stellen treiben, ruhig zu. Sie läßt Schindluder mit sich spielen, weil sie es angeht der großen Machtposition, welche sich die Offiziere erobert haben, nicht wagen darf, durch einen energischen Griff diesem Treiben ein Ende zu setzen.

## Der neue preußische Ernährungskommissar.

Berlin, 20. September.

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt ist auf seinen Wunsch von dem von ihm mitverwalteten Amt eines preußischen Staatskommissars für Volksernährung wegen Arbeitsüberlastung entbunden worden. Zu seinem Nachfolger ist der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Peters bestellt worden, der bisher schon bei der Tätigkeit des preußischen Staatskommissars hervorragend beteiligt war. Die sachliche etwässige Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium bleibt somit erhalten. Irgend ein Systemwechsel tritt nicht ein.

## Der Zusammentritt der Nationalversammlung.

Berlin, 20. September.

Präsident Fehrenbach hat die nächste Sitzung der Nationalversammlung, die bekanntlich in Berlin im Reichstagsgebäude tagen wird, zum 30. September einberufen.

## Die Metallarbeiterbewegung.

Entgegen unserer Meldung in der heutigen Morgenausgabe, ist gestern eine weitere Verschärfung der Gesamtlage eingetreten. Teilstreiks sind bis jetzt eingetreten in folgenden Betrieben:

Stein; Schuchardt; Kungestraße; Ostam; Mit u. Genest; Lorenz; Krüger; Koppenid; Kadelwert Oberpre; Daimler, Mariensfelde; Vorjig; K. E. G., Hennigsdorf und K. E. G., Brunnenstraße; Weinbaum.

Die Unternehmer haben teilweise mit Ausperrungen geantwortet, so in der K. E. G., Hennigsdorf und Brunnenstraße. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist auch weiterhin ausgezeichnet.

## Starke Stimmenverlust der englischen Koalition.

London, 19. September. (Reuters.)

In der Ergänzungswahl in Contracept wurde der Sozialistkandidat mit einer Mehrheit von 475 Stimmen gegenüber dem Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt. Bei der letzten Wahl betrug die Mehrheit der Koalition 3514 Stimmen.

## Der bulgarische Friedensvertrag.

Paris, 19. September (Gabal.)

Die Uebergabe der Friedensbedingungen an die bulgarische Delegation fand heute vormittag im Ministerium des Auswärtigen statt. Die bulgarischen Delegierten haben 20 Tage Zeit, um ihre Bemerkungen vorzubringen.

## Es gibt keine Gegenrevolution!

Das immer kühnere Gebahren der kaisertreuen Offiziersklique und die sich mehrenden Anzeichen der Gegenrevolution in Stadt und Land, haben nicht nur in einem Teil der rechtssozialistischen Varietepresse, sondern auch bei der Gefolgshaft der Rechtssozialisten in der Arbeiterklasse feste Besorgnisse hervorgerufen. Die schändliche Manipulation der Regierung vor dem Obersten Reichstag hat diese Besorgnisse selbstverständlich verstärkt. Der Reichswehrminister Noske hat es deshalb unternommen, in höchstehender Person die Arbeiterschaft zu beschwichtigen. Er entsand gestern Vertreter Berliner Großbetriebe, denen er in längeren Ausführungen nachzuweisen suchte, daß die Furcht vor einer Gegenrevolution ein leeres Hirngespinnst sei und daß die Arbeiterschaft sich im Grunde nichts Besseres wünschen könne, als die Aufrechterhaltung der jetzigen Zustände.

Die Rede Noskes, die der "Vorwärts" ziemlich ausführlich wiedergibt, bildet einen schlagenden Beweis für das bekannte Wort des schwedischen Kanzlers Axel Oxenstierna: "Weißt du denn nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird?" Herr Noske regiert zwar nur dem Namen nach, denn in Wirklichkeit regiert die Offiziersklique, die ihn an der Strippe hält. Über was den Mangel an politischem Verstand betrifft, so hat Herr Noske wohl jeden Reford auf diesem Gebiete geschlagen.

Der Zentralpunkt seiner Ausführungen war der, daß er es als einen Fehler der französischen Revolution bezeichnen möchte, daß sie die Vertreter des alten Regimes zuerst fast restlos über Bord warf. Dadurch habe sie sich ein Heer verzweifelter und entschlossener Gegenrevolutionäre geschaffen, die ihr zum Verhängnis wurden. Unsere Kunst müsse gerade darin bestehen, die brauchbaren Elemente des alten Regimes an uns zu fesseln.

Diesen Satz scheint Herr Noske als höchste politische Staatsweisheit zu betrachten, denn in seinen weiteren Ausführungen unterstreicht er immer wieder, wie herrlich weit wir es doch gebracht hätten, daß nach diesem Rezept verfahren wurde.

Wir wissen nicht, aus welchem Geschichtsverständnis Herr Noske seine fundamentale Entdeckung geschöpft hat, daß die französische Revolution daran zugrunde ging, daß sie die Vertreter des alten Regimes fast restlos über Bord warf. Für weniger erleuchtete Geister, die sich ein wenig mit den Dingen befaßt haben, galt es bisher als feststehende Tatsache, daß die probe französische Revolution einen Rückschlag erlebte, weil die weitergehenden Pläne der Revolutionäre an der Unausführbarkeit der ökonomischen Grundlagen der damaligen französischen Gesellschaft scheiterten. Aber trotz dieses Rückschlages schuf die französische Revolution erst die Grundlage für die moderne politische und soziale Entwicklung Europas, sie legte mit eiserne Füßen die überlebten Einrichtungen des absolutistischen Feudalismus aus, sie weckte das Bürgertum, die Bauernschaft zum politischen Dasein und sicherte, nicht zum mindesten durch ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen die Vertreter des alten Regimes, die gewaltigen geschichtlichen Errungenschaften, die sie in ihrem Vorstoß gemacht hatte.

Aber die Danton, Robespierre, Marat waren trotzdem dumme Kerle, die nichts von Politik verstanden. Herr Gustav Noske macht es besser! Er hat zwar keine Verdienste an der Revolution, aber desto besser versteht er es, die Revolution zu "sichern". Er verabsäumt es, gegen die Konaristen, die die Revolution bedrohen, mit Gewaltmitteln vorzugehen, denn sein zartes Gemüt wird dadurch bedrückt, daß er gegen die armen Offiziere, die so sehr unter den neuen Verhältnissen zu leiden haben, mit brutaler Gewalt vorgehen soll.

Diese Gewaltmethode behält er für die Opposition von links, für die revolutionären Arbeiter vor, die er mit Skorpionen züchtigt, während er die wahren Feinde von rechts mit zartester Rücksicht behandelt. Hier findet er plötzlich demokratische Argumente:

„Die freie Meinungsäußerung ist ein durch die Verfassung verbürgtes Recht. Solange die Reichsdarsteller, was sie immer wieder betonen, ihre Ziele auf legalem Wege durch Propagierung ihrer Ideen zu erreichen suchen, muß ihnen freie Hand gelassen werden. Eingegriffen wird nur, wo die öffentliche Ordnung unmittelbar bedroht wird, und zwar gegen links ebenso wie gegen rechts. Denn unsere Souveränität ist es,





